

A close-up portrait of Alice Weidel, a woman with light brown hair pulled back, wearing a dark blue blazer over a white collared shirt. She has a slight smile and is looking directly at the camera. The background is a solid, muted blue-grey color.

ALICE WEIDEL

*WIDER
WORTE*

Gedanken über Deutschland

ALICE WEIDEL · WIDERWORTE

Copyright 2019:
© Börsenmedien AG, Kulmbach

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-86470-631-8

Alle Rechte der Verbreitung, auch die des auszugsweisen Nachdrucks,
der fotomechanischen Wiedergabe und der Verwertung durch Datenbanken
oder ähnliche Einrichtungen vorbehalten.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

BÖRSEN  MEDIEN
A K T I E N G E S E L L S C H A F T

Postfach 1449 • 95305 Kulmbach
Tel: +49 9221 9051-0 • Fax: +49 9221 9051-4444
E-Mail: buecher@boersenmedien.de
www.plassen.de
www.facebook.com/plassenverlag

ALICE WEIDEL

WIDER
WORTE

Gedanken über Deutschland

PLASSEN
VERLAG

INHALT

1. Warum Politik?	7
2. Unser Verhältnis zu Freiheit, Eigentum und Recht	9
Auf die Bürger kommt es an	9
Die Deutschen und die Freiheit	11
Zerbrechliches Vertrauen	13
Lastesel Mittelschicht	15
Rechtsbruch und Staatskrise	16
Das Ende der Geduld	19
3. Republik aus den Fugen	21
Das „Zeitalter der Hypermoral“	26
Politische Romantik und grüne Ideologie	28
Der „antifaschistische“ Totalitarismus	32
Sozialismus funktioniert nicht – nie und nirgends ..	41
Flucht aus der Nation	49

4. Land der Widersprüche	57
Europäische Sackgassen	57
Der Euro – das gescheiterte Experiment	68
Euro-Legenden und Papiergeld-Schwindel	79
Was ist „sozial“, was ist „gerecht“?	88
Sozialpolitik und die Ordnung der Wirtschaft	94
Die Herrschaft des Rechts wiederherstellen	100
Kriminalität und Staatsversagen	107
Freiheit oder Islamisierung	115
Migration, Integration und die Republik	125
5. Mehr Republik wagen – Wie wir Deutschland wieder nach vorne bringen	137

1.

Warum Politik?

Wollen Sie sich das einfach so gefallen lassen? Ich nicht. Deshalb bin ich in die Politik gegangen und habe dieses Buch geschrieben. Denn Freiheit ist für mich nicht nur ein Wort oder ein subjektives Lebensgefühl, sondern ein Gut, das verteidigt werden muss – gegen die Regierungen Europas, die in meinen Augen offensichtlich jedes Maß und Ziel verloren haben. Als Volkswirtin kann ich nicht achselzuckend zusehen, wie seit Jahren in Europa mit dem geltenden Recht umgegangen wird. Hätte ich in meinem Examen der Volkswirtschaftslehre so argumentiert, wie die europäischen Regierungen und die Europäische Zentralbank in der Aushebelung geltenden Rechts später gehandelt haben, wäre ich wohl glatt durch meine Prüfungen gefallen.

Exekutiven, die sich über die Gesetze hinwegsetzen, unsere Grenzen wie Scheunentore öffnen, Notenbanken, die gegen ihre Statuten verstoßen und Staats- sowie Unternehmensfinanzierung betreiben, das alles sind für mich Geschichten aus dem Gruselkabinett. Als Bürgerin bewegt mich die Sorge vor diesen Entwicklungen, die ich als gefährliche Störungen der Rechtsstaatlichkeit wahrnehme. Jeder Deutsche sollte allein schon aus der Geschichte sensibilisiert genug sein, um zu wissen, wohin es führt, wenn Regierende geltendes Recht aushebeln und zu ihren Gunsten verbiegen und es im letzten Schritt gegen die eigene Bevölkerung richten können.

Schimpfe nicht nur, tu etwas für eine bessere Politik und Gesellschaft: Dazu riet mir auch meine Lebensgefährtin, die mein beständiges Kritisieren der herrschenden Politik schließlich nicht mehr hören konnte. Also wendete ich mein Unbehagen in positive Energie und engagierte mich: zunächst für die Wahlalternative 2013, der auch mein viel zu früh verstorbener Doktorvater Professor Peter Oberender angehörte, später dann für die Alternative für Deutschland. In die AfD trat ich im Oktober 2013 ein, nachdem sie im ersten Anlauf den Sprung in den Bundestag nicht geschafft hatte. Mein Ziel war, mich in die Programmarbeit einzubringen und so meinen gesellschaftspolitischen Beitrag zu leisten.

Hätte mir damals jemand erzählt, dass ich vier Jahre später den zweiten Bundestagswahlkampf der Partei als Spitzenkandidatin zusammen mit Alexander Gauland bestreiten würde, ich hätte ihn ausgelacht. Als ich auf dem Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes von Veranstaltung zu Veranstaltung eilte, erinnerte mich meine Partnerin manchmal daran. Aus vier Jahren intensivem ehrenamtlichen Engagement für die Partei ist eine noch größere Aufgabe geworden: Im Herbst 2017 wurde ich Fraktionsvorsitzende der ersten AfD-Bundestagsfraktion, der ich meine ganze politische Leidenschaft widme. Die Alternative für Deutschland stellt für mich das wichtigste und vielleicht auch das letzte gesellschaftspolitische Projekt für unser Land dar. Sie ist wahrscheinlich die letzte Chance, die wir überhaupt noch haben.

Dieses Buch ist dennoch kein Parteiprogramm. Es ist meine persönliche Vorstellung davon, wie Deutschland in Zukunft aussehen soll und wie es im 21. Jahrhundert bestehen und dabei Deutschland bleiben kann. Ich bin überzeugt, dass viele in diesem Land genauso denken wie ich. Niemand kann so tun, als ginge ihn Politik nichts an, denn Politik betrifft jeden Einzelnen von uns. Es kann uns nicht egal sein, was aus diesem Land wird, denn es ist unser Land, das uns geprägt hat. Wer es zerstört, zerstört unsere Identität. Höchste Zeit also, dass wir Bürger wieder auf die Barrikaden gehen.

2.

Unser Verhältnis zu Freiheit, Eigentum und Recht

Auf die Bürger kommt es an

Bürger – ein stolzes Wort. Denn der bürgerliche Mensch ist Rückgrat und Bollwerk der Republik: Er übernimmt Verantwortung für sich selbst und für andere, ohne die Zuständigkeit auf anonyme Instanzen abzuwälzen. Er fragt zuerst, was er für das Gemeinwesen tun kann, statt darauf zu warten, dass die Allgemeinheit etwas für ihn tun soll. Er hält die Familie hoch, als kleinste Zelle des Gemeinwesens und als Ort der Unabhängigkeit und der freien Rede, und verbittet sich jede übergriffige Einmischung von oben. Er ist kein Befehlsempfänger und kein Mitläufer; Autorität, die er anerkennt, überzeugt durch Vorbild und Leistung. Freiheit ist für den Bürger nicht die Lizenz zum ungehemmten, rücksichtslosen Egoismus, sondern der notwendige Freiraum, um seine Verantwortung wahrzunehmen und eigene Entscheidungen zu treffen. In diesem Sinne bin ich ein bürgerlicher Mensch und ich bin stolz darauf. In links-grünen Kreisen ist es Mode geworden, sich selbst für „bürgerlich“ zu halten, nachdem man sich in der einst verachteten „bürgerlichen Gesellschaft“ inzwischen behaglich eingerichtet hat. Was für ein Etikettenschwindel! „Links“ und „bürgerlich“ gehen nämlich nicht zusammen. Entweder man ist links und kollektivistisch eingestellt, oder man ist Bürger und liebt die Freiheit, die republikanische

Freiheit vor der Übergriffigkeit eines sich in sämtliche private Lebensbereiche einmischenden Staates.

Die Freiheit ist der große Gedanke, der den bürgerlichen Menschen antreibt. Freiheit ist der Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, der geistigen und kulturellen Weiterentwicklung. Seine Grenzen findet der Freiheitsdrang des Einzelnen in der Freiheit der anderen. Der Staat ist daher der natürliche und ewige Widerpart der Freiheit. Denn ohne gesellschaftliche und staatliche Ordnung und Organisation kann der Mensch, das soziale Wesen, das „Zoon politikon“ des Aristoteles, nicht auskommen. Er braucht die Gesellschaft anderer, um sich geistig, kulturell und wirtschaftlich zu entfalten, und diese Gesellschaft will organisiert sein. Denn der Mensch ist zugleich Mängelwesen. Gerade weil die Evolution ihn nicht auf eine bestimmte, eng umgrenzte ökologische Nische festgelegt hat und er sich auch an den widrigsten Lebensraum anpassen kann, bedarf er der Institutionen, die seine äußeren Lebensumstände ordnen und stabilisieren und ihm den Austausch mit anderen, den „Markt“, erst ermöglichen.

John Locke, einer der Gründerväter des neuzeitlichen Liberalismus, definiert Leben, Freiheit und Eigentum als die unveräußerlichen Grundrechte des Menschen. Das Ringen um die Ordnung des Zusammenlebens, die dem Wesen des Menschen am besten gerecht wird, ist das Ringen um einen Staat, der diese unveräußerlichen Grundrechte gewährleistet. Und zwar nicht als huldvoll von oben herab gewährte Gnadenrechte, sondern als unumstößliche Grundlagen und Bedingungen, unter denen die Bürger bereit sind, staatlichen Institutionen Macht und Gewalt auf Zeit zu übertragen.

Der freiheitliche Staat ist deshalb der Staat, dem die Bürger zugleich einen Vertrauensvorschuss einräumen und ihm jederzeit wachsam misstrauen. Ein Staat, über dessen Handeln die Bürger maximale Mitsprache und Kontrolle ausüben können. Die wirksamste Kontrolle ist die Kontrolle durch Wahlen und Abstimmungen – am effektivsten durch Volksabstimmungen –, durch die Ämter und Befugnisse samt den Mitteln zu ihrer Erfüllung übertragen

und auch wieder zurückgenommen werden. Deshalb ist der freiheitliche Staat zugleich ein Staat, in dem die Macht bei Gewählten liegt, die sie auf Zeit ausüben, und nicht bei Bürokratien. Diese haben nämlich zu allen Zeiten die Tendenz, sich zu verselbstständigen, ihre indirekte Macht auf Kosten des Souveräns und Steuerzahlers zu erweitern und seiner Kontrolle zu entziehen und damit Lobbyismus und Korruption Tür und Tor zu öffnen.

Die Deutschen und die Freiheit

Uns Deutschen wird oft ein gestörtes Verhältnis zur Freiheit und mangelhaft ausgeprägte Freiheitsliebe nachgesagt. Der Vorwurf besteht zu Unrecht – und zu Recht. Zu Unrecht, weil die deutsche Nation eine lange und eindrucksvolle Freiheitsgeschichte hat, die sich vor denen anderer Nationen nicht zu verstecken braucht. In der modernen Geschichte beginnt die deutsche Freiheitserzählung mit den Denkern und Vorkämpfern der Aufklärung und des Idealismus, mit Immanuel Kant und Friedrich Schiller, um nur zwei von ihnen zu nennen. Sie hatte ihre große Stunde in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Fremdherrschaft, der Geburtsstunde der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung. Ihre Farben Schwarz-Rot-Gold, die Farben des Freikorps Lützow und der Burschenschaft, sind bis heute die Farben des demokratischen Deutschland.

Das Hambacher Fest von 1832, der Vormärz, die deutsche Revolution von 1848 und das Paulskirchen-Parlament sind eindrucksvolle Zeugnisse des deutschen Freiheitswillens, die bis heute fortwirken und den Geist der Weimarer Verfassung und des Grundgesetzes geprägt haben. Die Weimarer Republik und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland setzten unter schwierigsten Bedingungen diese Freiheitsgeschichte fort. Zu ihr gehört auch der Widerstand gegen die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts, das Heldentum der „Weißen Rose“ und der Attentäter des 20. Juli 1944, der Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur in der „DDR“ am

17. Juni 1953 und schließlich die friedliche Revolution von 1989 und der Fall von Mauer und Stacheldraht am 9. November.

Das macht die dunklen Kapitel unserer Vergangenheit, die NS-Diktatur und ihre furchtbaren Verbrechen, vor allem den millionenfachen Massenmord an den deutschen und europäischen Juden, nicht ungeschehen und löscht sie auch nicht aus. Aber es ist eine Tradition, auf die die Deutschen mit Stolz zurückblicken können, ohne ihre Verantwortung für im deutschen Namen begangene Untaten vergessen zu müssen. Im Bewusstsein dieser positiven Traditionen könnte sich die deutsche Nation mit Mut und Freiheitsliebe den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, um ihren wiedergewonnenen staatlichen Rahmen, die deutsche Republik, im Geist der Freiheit zu gestalten.

Doch das Verhältnis der Deutschen zur Freiheit hat zwei Seiten. Auf der Kehrseite steht die unselige Neigung, der herrschenden Obrigkeit länger zu vertrauen, als es guttut; die Augen viel zu lange vor Fehlentwicklungen zu verschließen in der trügerischen Hoffnung, „die da oben“ wüssten schon, was sie tun, statt gegen die fortschreitende Entmündigung aufzubegehren.

Dabei haben gerade die Deutschen, als die gebrannten Kinder des 20. Jahrhunderts, allen Grund, ihren Regierungen mit dem steten und gesunden Misstrauen zu begegnen, das den seiner Freiheit bewussten und sein Eigentum verteidigenden Bürger auszeichnet. In den beiden großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts sind die Deutschen gleich zweimal durch ihre Obrigkeiten, die Disziplin und Opferbereitschaft bis jenseits der Schmerzgrenze missbrauchten, um die ererbten und mühsam geschaffenen Früchte ihrer Arbeit und ihres Fleißes gebracht worden. Die bürgerliche Mittelschicht hat das besonders schwer getroffen – mit gravierenden Folgen, die bis heute nachwirken.

Die Kosten des verlorenen Ersten Weltkriegs, die vom eigenen Land verursachten wie die von den Siegern auferlegten, bezahlten die Deutschen über die Massenenteignung durch Hyperinflation. Reihenweise wechselten Privathäuser, die ihre Eigentümer nicht

mehr halten konnten, mit der Spätfolge in öffentliches Eigentum, dass die Deutschen bis heute ein Volk von Mietern sind, deren Wohneigentumsquote und durchschnittliches Privatvermögen weit unter dem europäischen Standard liegen. Noch gründlicher hat der Nationalsozialismus, der unsägliches Leid und Elend über Europa gebracht hat, auch das eigene Volk ruiniert: Erst durch sozialistische Defizitfinanzierung, Wirtschaftslenkung und Enteignung, welche die Staatsfinanzen noch in Friedenszeiten völlig zerrüttet hatten, dann durch den verbrecherisch vom Zaun gebrochenen Krieg, der Millionen Überlebende ausgebombt, verelendet, vertrieben und entwurzelt in einem zerstörten und zerrissenen Land zurückgelassen hat.

Zerbrechliches Vertrauen

Dass der Wiederaufbau des verbliebenen Territoriums und der Wiederaufstieg der zunächst in den westlichen Landesteilen gegründeten Bundesrepublik Deutschland zu einer der führenden Industrienationen der Welt dennoch gelungen ist, ist fraglos eines der größten Friedenswerke, das die Deutschen vollbracht haben. Sie haben das übrigens im Wesentlichen aus eigener Kraft geschafft. Die Einbeziehung Deutschlands in das „Europäische Wiederaufbauprogramm“ (ERP) der USA hatte in erster Linie signalpolitische Bedeutung, weil damit die Phase der totalen Stigmatisierung und der harten Reparations-Demontagen endete. Die an Deutschland vor allem als indirekte Kredite für Warenlieferungen ausgereichten Hilfen aus dem „Marshallplan“ wurden rasch und verzinst zurückgezahlt. Die beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen und Patente verblieben dagegen in US-Hand. Allein ihr Wert überstieg die deutschen Verbindlichkeiten gegenüber den USA bei Weitem, wie der *Spiegel* schon 1951 festhielt.

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wiederum begann auf dem Höhepunkt des „Wirtschaftswunders“ auf Wunsch der

Entsendestaaten, die ihre Zahlungsbilanz verbessern wollten. Türkische „Gastarbeiter“ wurden sogar erst in den 1960er-Jahren und auf massives Drängen aus Ankara und den USA angeworben, als der Wiederaufbau längst abgeschlossen war und das Wirtschaftswunder schon seinen Zenit überschritten hatte. Dass in geschichtsklitterter Weise von etablierten Politikern immer öfter unwidersprochen behauptet wird, „die Türken“ hätten Deutschland wieder aufgebaut, ist nur eine der Zumutungen, die sich die Bürger von jenen, die in ihrem Auftrag regieren, wieder viel zu gutmütig bieten lassen.

Wirtschaftswunder und Wiederaufbau, Ludwig Erhards Versprechen von „Wohlstand für alle“, das durch besonnene und ordnungspolitisch solide Wirtschaftspolitik eingelöst wurde und einen Aufschwung begründete, an dem breite Schichten teilhaben konnten, hat den bürgerlichen Mittelstand – zu dem längst auch die aufstiegswillige und qualifizierte Arbeiterschaft zählt – wieder gestärkt und neues Vertrauen in die wiedererrichtete Republik der Deutschen und ihre demokratischen Institutionen geschaffen.

Dieses Vertrauen ist ein anfälliges Kapital, und es wird bereits seit geraumer Zeit dreist und massiv missbraucht und ausgenutzt. Hier liegt der tiefere Kern der fundamentalen Krise, in der sich unser Land und unsere Republik befinden. Überdeckt wurde diese Krise lange Zeit durch den Fleiß, die Leistungsbereitschaft und die Gutgläubigkeit ebenjener Mittelschicht, die sich trotz immer drückenderer Lasten weiter redlich abmüht, über die Runden zu kommen. Sie verwendet ihre ganze Kraft darauf, den eigenen Lebensstandard zu halten und an die nachfolgende Generation weiterzugeben, und hat sich dabei viel zu lange und zu bereitwillig auf die Beschwichtigungen der etablierten Wortführer in Politik und Medien verlassen, dass schon alles zu ihrem Besten geschehe.

Lastesel Mittelschicht

„Leute in Dreizimmerwohnungen erhalten den Staat“, hat Gottfried Benn einmal sarkastisch festgestellt und meinte, „die drunter und drüber“ nutzten ihn aus. Der Wohnraum, über den eine durchschnittliche Mittelstandsfamilie verfügt, mag seit Benns Zeiten größer geworden sein. Die Diagnose aber trifft zu: Es sind die Angehörigen der Mittelschicht, die Tag für Tag aufstehen, arbeiten, Steuern und Abgaben entrichten, Familien gründen, Kinder haben, sie erziehen und ihnen eine Ausbildung ermöglichen, sparen und Vorsorge treiben, die das Gemeinwesen am Laufen halten.

In Sonntagsreden wird diese Mittelschicht gern gepriesen. In der Praxis von Regierung und Verwaltung ist sie Melkkuh und Lastesel, auf deren Rücken die Politik ihr Tagesgeschäft betreibt und sich selbst und ihrer Klientel Vorteile verschafft, während sie die Grundlagen von Wohlstand und Wirtschaftskraft aushöhlt, die äußeren und inneren Institutionen schleichend zerstört, auf denen Bestand und Zusammenhalt der Gesellschaft beruhen, und das Vertrauen der Bürger in deren Funktionieren missbraucht und hintergeht.

Die katastrophalen Fehlentscheidungen der Regierungsjahre von Bundeskanzlerin Angela Merkel verbinden sich mit Fehlentwicklungen, die sich über Jahrzehnte aufgebaut haben, bis sie zu fataler Dimension aufgelaufen sind. Das hat eine explosive Dynamik in Gang gesetzt, die das Deutschland, das wir kennen, in den Grundfesten erschüttert und in die Luft zu sprengen droht.

Zu den langfristigen Hypotheken gehört zweifellos der tief sitzende Irrglaube, der Staat sei letzten Endes irgendwie für alles zuständig. Das hat die Wohlfahrtsbürokratie in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich wuchern lassen, und mit ihr den Steuer- und Abgabenhunger der öffentlichen Hand. Klaglos ertragen zu viele Deutsche noch immer, dass der Staat ihnen mehr als die Hälfte ihres Einkommens auf diesem Wege entzieht.

Bei einer Staatsquote von rund 50 Prozent fällt es schwer, noch von Marktwirtschaft zu sprechen. „Halbsozialismus“ nennt Ludwig

von Mises das treffend in den „Untersuchungen über den Sozialismus“, die er in seinem Werk „Gemeinwirtschaft“ unternommen hat. Der Mythos der „sozialen Gerechtigkeit“, die angeblich nur durch Umverteilung herzustellen sei, weil der Staat besser zu wissen glaubt als die Bürger, wie deren Geld auszugeben sei, hat die Deutschen lange hilflos gemacht gegenüber immer dreisteren staatlichen Eingriffen in Vermögen und Privateigentum. Hier tritt die dunkle Seite ihres ambivalenten Verhältnisses zur Freiheit unheilvoll zutage.

Die Vordenker der „Achtundsechziger“-Bewegung waren Marxisten. Die Schattenseite des gesellschaftlichen Siegeszugs der „Achtundsechziger“ ist der von ihnen propagierte Kulturmarxismus, der unter dem Schlagwort der „Befreiung“ einer Vielzahl freiheitsfeindlicher Ideologien den Weg vom exotischen Randphänomen in den politisch-gesellschaftlichen Mainstream bereitet hat. Die Ideologie des „Gender Mainstreaming“ und des Multikulturalismus hat hier ebenso ihre Wurzeln wie die Diskreditierung des Leistungsgedankens in Schule und Bildung und eine weithin akzeptierte Technik- und Industrieferndlichkeit im Namen von Ökologie und „Klimaschutz“.

Rechtsbruch und Staatskrise

Dass die etablierten Parteien sich den Staat zur „Beute“ machen und dabei Verfassung, Gewaltenteilung und demokratische Institutionen bis zur bloßen Fassade entkern, haben Kritiker wie Hans-Herbert von Arnim früh angeprangert. Wichtiger Teil der „Beute“ ist der aus Zwangsgebühren üppig finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk, der sich in einer Art Symbiose zum beiderseitigen Vorteil immer ungenierter in den Dienst von Partikularinteressen der von Arnim ausgemachten „politischen Klasse“ stellt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel – Thilo Sarrazin hat sie anlässlich der Vorstellung seines jüngsten Buches so knapp wie vernichtend